Nr. 327 Abend-Ausgabe
B 161

Berlin

Montag, 13. Juli 1925
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Mich. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Caillaux' Sieg gegen die Sozialisten.

Budgetannahme mit Hilfe der Opposition.

Die Sonntagsverhandlungen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

e **Paris**, 13. Juli.

Die gestrigen Budgetdebatten in Kammer und Senat, die am Vormittag begannen und mit verschiedenen Unterbrechungen bis heute morgen gegen 7 Uhr andauerten, führten nach sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen Caillaux und den Sozialisten zur endgültigen Annahme des Budgets. Die Differenzen zwischen Kammer und Senat wurden überwunden, jedoch stimmten nach einer programmatischen Erklärung Léon Blums die Sozialisten in der Kammer geschlossen gegen die Annahme des Budgets, so daß also das Budget der Regierung des Linkenkartells nur mit den Stimmen der Opposition durchging.

Ueber den Verlauf der gestrigen Auseinandersetzungen wird heute folgendes bekannt:

Als gestern nachmittag das Budget nach der dritten Lesung vom Senat zur Kammer zurückging, bestand nur noch ein wesentlicher Streitpunkt zwischen den beiden Häusern des französischen Parlaments, nämlich der Streit um die Umsatzsteuer.

Eine wesentliche Verschärfung erfuhr die Lage jedoch durch einen Beschluß der Finanzkommission der Kammer, die mit einer Zufallsmehrheit von 11 gegen 6 Stimmen — es waren nur 17 der 44 Kommissionsmitglieder anwesend — das Budget in der Senatsfassung annahm. Auf Grund dieses Beschlusses trat der Kommissionsvorsitzende, der Sozialist Auriol, zurück. Inzwischen war Caillaux eingetroffen und erklärte, daß er selbst seine Demission geben werde, wenn Auriol seinen Rücktritt nicht rückgängig machen wolle. Nach verschiedenen Fraktionsberatungen trat die Kammer dann um ½10 Uhr abends wieder zusammen.

Auf der Regierungsbank waren Painlevé und Caillaux vertreten. Hinsichtlich der Umsatzsteuer hatte die sozialistische Partei einen Abänderungsantrag gegen den Bericht der Regierungskommission eingebracht, in dem gefordert wird, daß die Kammer zum vierten Male den Text aufrechterhalten, nach dem der Lebensmittelhandel und die kleinen Gewerbetreibenden von der Umsatzsteuer befreit werden. Der sozialistische Abgeordnete Bedouch ergriff das Wort, um den Antrag der Sozialisten zu begründen. Er erklärte, daß die Sozialisten und die Linke der Kammer sich bereits zu genügenden Zugeständnissen hergegeben hätten. Weiter könnten sie nicht mehr gehen.

Darauf erklärte Caillaux: „Ich bin durchaus nicht ein enthusiastischer Bewunderer der Umsatzsteuer, ebenso wenig wie Sie. Aber in der augenblicklichen Stunde haben wir nicht das Recht, Einnahmen aufzugeben, die unbedingt notwendig sind zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts." Caillaux kündigt dann an, daß er spätestens im Oktober einen Gesetzentwurf einbringen werde, der eine vollständige tiefgreifende Reform der Umsatzsteuer bringen solle. Gleichzeitig kündigte Caillaux an, daß er einen Gesetzentwurf über die Besteuerung unproduktiver Kapitalien einbringe. **„Ich werde vor nichts zurückschrecken," erklärte Caillaux, „aber zwingen Sie mich nicht dazu, daß ich als Finanzminister der französischen Republik, der morgen Frankreich verteidigen muß, den Eindruck erwecke, als ob er eine wesentliche Reduzierung der Staatseinkünfte annehme. Wir brauchen heute nacht noch ein Budget. Ich, der ich hier auf der Tribüne stehe, werde nicht fünf Minuten länger mein Ministerium behalten, wenn ich morgen früh nicht im Besitze des Budgets bin. (Beifall in der Mitte, auf der Rechten und auf einigen Bänken der Linken.)**

Dann ergreift der Sozialistenführer Leon Blum das Wort. Er erklärt: Wir wären bereit zu jeder Versöhnung, vorausgesetzt, daß es sich darum handelt, den Lebensmittelhandel und einen Teil kleiner Gewerbetreibender von der Umsatzsteuer zu befreien. In dieser Transaktion sind wir von vornherein bereit. Wir können aber keine Vertagung der Frage der Umsatzsteuer zulassen. (Beifall auf der Linken.)

Der radikalsozialistische Abgeordnete Nogare erklärt, daß seine Partei für den sozialistischen Antrag stimmen werde.

Die Kammer tritt dann nach einer kurzen Erklärung Painlevés in die Abstimmung über den Paragraphen ein, der die Umsatzsteuer vorsieht. Nach sehr bewegter Abstimmung wird der sozialistische Antrag mit 325 gegen 245 Stimmen abgelehnt. Die Sozialisten und ein Teil der Radikalen hatten für den Antrag gestimmt.

Damit schließt dann die Generaldebatte, und man tritt in die Abstimmung über die Gesamtheit des Budgets ein. Der Sozialistenführer Léon Blum ergreift abermals das Wort und erklärt, daß die **sozialistische Partei bisher immer gegen das Budget gestimmt habe. Vor einem Jahre jedoch sei die Kammerfraktion vom Parteitage ermächtigt worden, für das Budget zu stimmen, unter zwei Bedingungen: 1. Wenn es sich darum handle, die Regierung gegen ein Manöver der Opposition zu schützen, und 2., wenn das Budget eine genügende Anzahl demokratischer Reformen enthalte. Wir sind heute der Ansicht, daß diese beiden Bedingungen nicht erfüllt sind. Nachdem wir soviele demokratische Reformen aufgegeben haben und in dieser Nacht noch neue dazu aufgeben sollen, treten wir in unsere alte Haltung zurück und stimmen gegen das Budget.** (Der Abg. Cachin ruft dazwischen: „Das ist der Grabgesang für das Kartell!")

Die Gesamtheit des Budgets wird darauf mit 421 gegen 150 Stimmen angenommen.

Um 3,15 Uhr nachts nahm darauf der Senat das Budget in vierter Lesung mit 274 gegen 6 Stimmen an, nachdem die Differenzen mit der Kammer auf zwei unwesentliche Punkte reduziert worden waren. Bei der nun folgenden fünften Lesung in Kammer und Senat waren die Stimmenverhältnisse 415 gegen 140 und 278 gegen 6 Stimmen. Kurz vor 7 Uhr morgens konnte dann endlich das Schlußdekret zunächst im Senat und dann in der Kammer angenommen werden.

Unterirdische Minierarbeit.

Am Dienstag soll sich das Reichskabinett über die Formulierung der deutschen Antwort an Briand schlüssig werden. Eine unverbindliche Aussprache zwischen den politischen Vertretern der Regierungsparteien im Kabinett ist vorausgegangen. In einem Communiqué, das nun auch schon zehn Tage alt ist, wurde offiziös versichert, daß in der Reichsregierung Einvernehmen über die Grundzüge der Antwortnote bestehe. Wenn das zutrifft, dann ist es völlig unverständlich, warum die Verabschiedung der deutschen Antwort im Reichskabinett so lange Zeit in Anspruch nimmt. Ursprünglich war der 12. Juli als Zeitpunkt für die Uebergabe der Note in Paris in Aussicht genommen. Jetzt hat man die Abfendung bis auf den 22. Juli verschoben. Ein Streit um Worte kann es doch unmöglich sein, der eine solche Verzögerung der Beschlußfassung bedingt. Die immer erneute Hinausschiebung des Termines läßt eher den Schluß zu, daß erheblichere Schwierigkeiten zu überwinden sind, als die bloße Stilisierung des deutschen Dokumentes. Diese Vermutung wird noch gefördert durch die Vorstöße, die seit der Proklamierung des Einvernehmens über die Grundzüge der Note von den Deutschnationalen mehrfach gegen die Außenpolitik des Kabinettes Luther unternommen und die sicherlich nicht nur an Einwirkung auf die Haltung der deutschnationalen Mitglieder des Kabinettes geblieben sind.

Bis vor kurzem konnten die Deutschnationalen noch mit einem geringen Schein von Recht darauf hinweisen, daß es sich lediglich um Angriffe der Gruppe um Freytag-Loringhoven handele, die die offizielle Politik der deutschnationalen Reichstagsfraktion und Partei nicht berühren. Aber seitdem der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Graf Westarp, in der „Kreuzzeitung" in die gleiche Kerbe gehauen hat wie Freytag-Loringhoven, und das Februar-Memorandum, auf dem die ganzen Verhandlungen über den Sicherheitspakt basieren, als eine Privatarbeit des Herrn Dr. Stresemann hinstellte, kann man zwischen einem gemäßigten und einem radikalen Flügel in der deutschnationalen Fraktion beim besten Willen nicht mehr unterscheiden. Tatsächlich ist denn auch die ganze deutschnationale Fraktion einheitlich und geschlossen in dem Widerstand gegen die Außenpolitik des Kabinettes Luther. Tatsächlich hört man von einem an und für sich so gemäßigten deutschnationalen Politiker wie dem Abgeordneten Professor Dr. Hoetzsch keine anderen Aeußerungen über die Paktpolitik als etwa vom Abgeordneten Lawerrenz. Und wenn auch von der deutschnationalen Fraktionsleitung die offizielle Parole ausgegeben worden ist, in der Presse den Kampf gegen Dr. Stresemann und seine Politik vorläufig stark zu dämpfen, bis er bei günstigerer Konstellation wieder aufgenommen werden könnte, so hindert das doch nicht, daß unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, hinter den Kulissen auf den Sturz Dr. Stresemanns mit aller Energie hingearbeitet wird. Wir haben, wie schon mehrfach hier festgestellt wurde, weder die Neigung noch den Beruf, Herrn Stresemann, den wir in sehr vielen politischen Fragen sachlich bekämpft haben, gegen die deutschnationalen Angriffe in Schutz zu nehmen. Aber dieser Kampf richtet sich ja nicht gegen die Person Stresemann, sondern gegen den Kurs der Auswärtigen Politik. Er beschränkt sich nicht nur auf Dr. Stresemann, sondern richtet sich auch gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Schubert, der nach seiner ganzen Familientradition und nach seinen innerpolitischen Anschauungen eher der Rechten nahe steht, in den Fragen der Außenpolitik aber gerade wegen seines tiefen Einblicks in das Getriebe der internationalen Politik, mit seinem Minister über Ziel und Begrichtung völlig einig ist, und die Politik des Sicherheitspaktes entschieden mitmacht. In der „Welt am Montag" ist heute zu lesen, daß die Deutschnationalen auf der Suche nach einem neuen Außenminister und nach einem neuen Staatssekretär sind. Diese Mitteilung stimmt. Als Reichsaußenminister wäre ihnen der Botschafter in Rom Dr. Neurath oder der frühere Reichsaußenminister und jetzige Gesandte in Stockholm, Herr v. Rosenberg, oder Freiherr von dem Busche, als Staatssekretär Herr v. Hassel, der Schwiegersohn des Großadmirals v. Tirpitz, genehm. Diese Namen kursieren schon seit Monaten, und man kennt die Versuche der Deutschnationalen, die sie besonders während der letzten Woche unternommen haben, um ihre Kandidaten an die leitenden Stellen des Auswärtigen Amtes zu bringen. Herr Neurath hat offenherzig nie ein Hehl daraus gemacht, daß er innerlich im Gegensatz zu der offiziellen Politik der Deutschen Republik steht und mit den Deutschnationalen stark sympathisiert. Daß Herr v. Rosenberg, dessen unglückliche Rolle im Kabinett Cuno vor und während des Ruhrkampfes noch in lebhafter Erinnerung ist, noch einmal als Kandidat des Reichsaußenministeriums selbst als deutschnationaler Kandidat in Frage kommen wird, hätte man nicht für möglich gehalten. Auch Herr v. Hassel ist schon seit längerer Zeit deutschnationaler Kandidat für das Staatssekretariat. Man kann sich denken, wie eine Außenpolitik aussehen würde, die unter den Hospizen des Herrn v. Tirpitz — Herr v. Hassel ist sein Schwiegersohn — gemacht werden würde.

Zentrum gegen Mindestzölle.

Verzögerung der Kompromiß-Besprechungen

Reichskanzler Dr. Luther hat, wie berichtet, die Regierungsparteien gebeten, in interfraktionellen Besprechungen eine Klärung über die Zollvorlagen bis spätestens morgen, Dienstag abend, herbeizuführen. Wie wir hören, dürfte dieser Termin von den Regierungsparteien nicht innegehalten werden. Vorläufig sind die Fraktionen, namentlich die ausschlaggebende Zentrumsfraktion, noch unter sich keineswegs einig, so daß es zu wirklich interfraktionellen Besprechungen noch nicht gekommen ist, geschweige denn zu Vereinbarungen. Die Aussprache, die in der Zentrumsfraktion stattfand, haben auch bereits eine Klärung in der Richtung gebracht, daß die Mindestzölle für Getreide vom Zentrum abgelehnt werden.

Durch diese Stellungnahme des Zentrums ist die Frage der Getreidemindestzölle überhaupt erledigt, denn die Demokraten, die Sozialdemokraten und die Kommunisten sind einmütig gegen diese Mindestzölle. Dazu kommen nach Aufspürseiter von anderen Parteien, so daß im Reichstage eine Mehrheit für Getreidemindestzölle nicht aufzubringen ist. Der Reichskanzler wird sich also zu einem Kompromiß verstehen müssen, und gleitende Zölle stehen im Vordergrunde der Erörterungen. Auch den gleitenden Zöllen stehen, wie wir hören, die Sozialdemokraten höchst skeptisch gegenüber.

Sistierung des Eisenpakts.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

w **Luxemburg**, 13. Juli.

Laut einer Meldung der „Ufine" will die deutsche Regierung die Weiterführung der Verhandlungen zum Ausbau des luxemburgischen Eisenpaktes verhindern. Vor der Wiederaufnahme der offiziellen Verhandlungen im September wird der französische Handelsminister wegen dieser Sache mit Vertretern der französischen Eisenindustrie Besprechungen haben. Aus einer weiteren Meldung der „Ufine" darf man schließen, daß die deutsche Regierung die Verteidigung der Interessen der eisenverarbeitenden Industrie jetzt ziemlich energisch betreiben wird.